

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Klimke, Philipp Mißfelder, Michael Grosse-Brömer, Stefan Müller (Erlangen), Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Patrick Kurth (Kyffhäuser), Bijan Djir-Sarai, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP

Myanmar – Reformkräfte unterstützen, den Wandel beschleunigen, Perspektiven eröffnen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Myanmar befindet sich auf einem positiven Weg, die jahrelange Militärdiktatur schneller zu überwinden als es die meisten Beobachter nach wiederholter gewaltsamer Niederschlagung friedlicher Demokratisierungsversuche der Opposition durch das Regime in den letzten Jahren erwartet haben. Nach jahrzehntelanger internationaler Isolation und strengen Sanktionen der westlichen Wertegemeinschaft entwickelt sich ein demokratischer Frühling. Die Nachwahlen für das Parlament am 1. April 2012 waren eine entscheidende Bewährungsprobe für die Ernsthaftigkeit des eingeschlagenen Demokratisierungsprozesses und die Glaubwürdigkeit der Bemühungen der Regierung. Diese Bewährungsprobe hat das Land bestanden. Die Wahlen waren friedlich und weitestgehend fair, der Wahlsieg der Opposition wurde anerkannt. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Einladung der myanmarischen Regierung an ausländische Wahlbeobachter und deren Beobachtung der Wahlen. Der ASEAN-Vorsitz (ASEAN = Association of Southeast Asian Nations) Myanmars 2014 bedeutet eine enorme Chance für das Land, sich als verlässlicher Partner darzustellen und sich weiter aus der internationalen Isolation zu befreien.

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP beobachten in Myanmar den äußerst seltenen Fall, dass sich eine Diktatur offenbar von sich heraus wandelt. Es ist ursächlich dem neuen Staatspräsidenten Thein Sein zuzuschreiben, dass Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi nach über einem Jahrzehnt in Hausarrest mittlerweile als unabhängige Gesprächspartnerin der Regierung akzeptiert wird, dass politische Gefangene freigelassen werden, dass Internet- und Pressezensur massiv gelockert werden und nicht zuletzt die öffentliche Meinung, wie beim Stopp des chinesischen Staudammprojektes, bei den neuen Regierenden Gehör findet. Auch die Bemühungen um nationale Versöhnung, das Ende des bewaffneten Konflikts und der Unterdrückung der ethnischen und religiösen Minderheiten weisen in diese Richtung. Zugleich verdienen die Bereitschaft von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi zum Dialog mit der Regierung, zur Kandidatur bei den jüngsten Nachwahlen und zur aktiven Mitarbeit in dem von der Regierung gesteuerten Reformprozess Respekt und Anerkennung.

Trotz dieser vielen sehr ermutigenden Signale muss der Prozess von der internationalen Gemeinschaft weiter kritisch begleitet werden. Noch immer haben pensionierte sowie aktive Militärs die weitaus meisten Sitze in beiden Parlamentskammern auf Zentralstaatsebene und in allen Regionalparlamenten inne. Einige politische Gefangene sind immer noch in Haft. Weitere Missstände bestehen beispielsweise durch Folter, Kinderarbeit, Einsatz von Kindersoldaten und Zwangsarbeit. Frieden, die Achtung der Menschenrechte sowie politische Lösungen der Konflikte mit Minderheiten sind noch nicht erreicht. Jetzt gilt es, eine Balance zu finden zwischen einer uneingeschränkten Anerkennung des Erreichten, der Förderung der weiteren Demokratisierung und dem Fordern, diesen Weg in allen Bereichen unvermindert fortzuführen, damit der demokratische Reformprozess unumkehrbar wird. Dabei ist sicherzustellen, dass auch die Grenzregionen angemessen in die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung einbezogen werden und die dort lebenden Minderheiten angemessen im politischen System repräsentiert werden.

Ob eine nachhaltige Demokratisierung in Myanmar gelingen wird, hängt von politischen Reformen mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensumstände der Menschen und dem weiteren Aufbau wirtschaftlicher Strukturen ab.

Richtungsweisend war die Zusicherung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im März 2011 gegenüber der Friedensnobelpreisträgerin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die von ihr angestrebte Demokratisierung ihres Landes zu unterstützen. Gezielte Besuche hochrangiger Vertreter, wie beispielsweise zahlreicher Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Markus Löning, in Myanmar sind weitere wichtige Schritte. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP begrüßen ausdrücklich, dass der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt Dr. Werner Hoyer im November 2011 in Myanmar war und dass der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel im Februar 2012 als erster deutscher Bundesminister seit 1984 das Land besucht hat. Der Besuch von Bundesminister Dr. Guido Westerwelle im April 2012, der als erster deutscher Außenminister seit 25 Jahren das Land besucht hat, ist ein weiterer wichtiger Ausdruck der Anerkennung der Reformbemühungen durch die Bundesregierung.

Die derzeitige positive Entwicklung in Myanmar, insbesondere die zufriedenstellenden Nachwahlen, rechtfertigt die Suspendierung der Sanktionen. Bei dem zukünftigen Umgang mit Myanmar liegt der Schwerpunkt auf einem stufenweisen Vorgehen und sollte sich zunächst auf die Verbesserung der grundlegenden Lebensbedingungen der Menschen, einschließlich der Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen, z. B. durch Förderung der Privatwirtschaftsentwicklung sowie der Infrastruktur, der Agrarwirtschaft, der Gesundheit, der Förderung des Bankensektors, der Bildung und der Ausbildung konzentrieren. Daher begrüßt der Deutsche Bundestag, dass die EU-Außenminister am 23. April 2012 die Sanktionen gegen Myanmar – mit Ausnahme des Waffenembargos – ausgesetzt haben. Dieser Schritt basiert auf Grundlage der derzeitigen positiven politischen Entwicklungen und mit Blick auf die Fortsetzung des Reformprozesses. Mit diesem klaren Signal stärkt die EU die Reformkräfte um Staatspräsident Thein Sein und streckt die Hand zur Zusammenarbeit aus. Ferner begrüßt der Deutsche Bundestag die von Bundesminister Dirk Niebel am 23. April 2012 in Aussicht gestellte Aufstockung der Mittel von 6,2 Mio. Euro um weitere 10 Mio. Euro für die Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar und die vom Bundesminister des Auswärtigen Dr. Guido Westerwelle initiierte engere kultur- und bildungspolitische Zusammenarbeit, einschließlich der geplanten Eröffnung eines Goethe-Instituts, sowie den vom Auswärtigen Amt neu eingerichteten Ressortkreis Myanmar zur engen Abstimmung aller deutschen Maßnahmen gegenüber Myanmar.

Es bedarf

- der Nutzung der Chancen, die die weitgehende Suspendierung des „Gemeinsamen Standpunktes“ bieten, und der Förderung des privatwirtschaftlichen Engagements;
- der Unterstützung für einen nachhaltigen Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen den internationalen Institutionen und Staaten mit Myanmar sowie der vollen Förderung der Integration Myanmars in den politischen und wirtschaftlichen Kontext Asiens;
- der Unterstützung bei der Schlichtung und nachhaltigen Lösung bewaffneter Konflikte und einer Einbeziehung der ethnischen Minderheiten in die politische und wirtschaftliche Partizipation;
- der zügigen Wiederaufnahme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar, besonders im Bereich der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zusätzlich zu bisher schon geleisteten Hilfeleistungen durch Nichtregierungsorganisationen; dabei sind finanzielle Zuwendungen entsprechend dem Grundsatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit konditioniert an die Einhaltung allgemeiner Menschenrechtsstandards gebunden;
- der politischen Unterstützung für die deutsche Wirtschaft bei der Verstärkung ihres Engagements in Myanmar und die Verknüpfung von Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik zum Erreichen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsziele;
- nach den jüngsten erfolgreichen Besuchen von mehreren parlamentarischen Delegationen aus Myanmar in Deutschland einer verstärkten Kooperation des Deutschen Bundestages mit dem Parlament Myanmars, mit dem Ziel, den Know-how-Transfer zwischen beiden Parlamenten zu fördern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Reformkräfte in Myanmar weiterhin zu unterstützen, den Wandel zu beschleunigen, insbesondere durch die Forderungen nach allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen, welche an die positiven, demokratischen Fortschritte bei der Parlamentsnachwahl vom 1. April 2012 anknüpfen, nach Achtung der Menschenrechte im Allgemeinen, der Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten sowie der sofortigen Freilassung aller politischen Gefangenen im Besonderen;
2. sich weiterhin in der EU dafür einzusetzen, die Unterstützung für weitere Reformen in Myanmar durch Reisen hochrangiger Vertreter zum Ausdruck zu bringen;
3. weiterhin darauf hinzuwirken, dass die EU-Außenminister nach ihrem Beschluss vom 23. April 2012 weitere Schritte prüfen, damit die Europäische Union in Abstimmung mit ihren Partnern geeignete Maßnahmen entwickelt, mit denen die Reformkräfte in Myanmar unterstützen werden;
4. im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kohärente Maßnahmen zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Unterstützung des Reformprozesses zu erarbeiten und umzusetzen, welche die Belange der Außen-, Menschenrechts-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik einschließen. Die Bundesregierung muss die Möglichkeiten, die ihr die weitgehende Suspendierung des „Gemeinsamen Standpunktes“ bietet, nutzen. Dies beinhaltet die Wiederaufnahme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, die Verstärkung unserer humanitären Hilfe sowie weitere Unterstützung der Demokratiebemühungen von Regierung und Zivilgesellschaft in Myanmar. Zur Erreichung dieser Ziele sollen unter anderem auch die politischen Stiftungen und die Nichtregierungsorganisationen in die Lage versetzt wer-

den, ihr Engagement insbesondere im Bereich „democracy-building“ auszuweiten;

5. die Bemühungen in Myanmar, zu einem friedlichen Zusammenleben aller ethnischen und religiösen Gruppen bei Achtung der Rechte von Minderheiten und der Religionsfreiheit zu kommen sowie die Rückkehr der Flüchtlinge aus den Nachbarländern zu ermöglichen, durch geeignete Programme im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu fördern;
6. für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Regierung Myanmars den Bedürfnissen der Menschen prioritäre Sektoren festzulegen und dabei insbesondere Möglichkeiten zur Förderung der Privatwirtschaftsentwicklung sowie Infrastruktur, Agrarwirtschaft, Gesundheit, Bildung und beruflichen Bildung und des Bankensektors zu prüfen und mit der Umsetzung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zeitnah zu beginnen;
7. dabei auch den Einsatz der Instrumente zur Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Abstimmung mit den Organisationen der Wirtschaft zu prüfen und gegebenenfalls mit dieser Arbeit zeitnah zu beginnen;
8. Möglichkeiten für eine intensiviertere Hochschulzusammenarbeit, gemeinsam mit den Mittlerorganisationen, sowie die Eröffnung eines Goethe-Instituts zu prüfen und auch ein verstärktes Engagement der Privatwirtschaft auf diesem Gebiet zu fördern.

Berlin, den 22. Mai 2012

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion